Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 33

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Landwirtschaft

Ostblock

Die Ernte

in den europäischen Volksdemokratien dürfte dieses Jahr trotz den Schäden im letzten harten Winter besser ausfallen als im vergangenen Jahr, aber doch unter dem Plan bleiben. Schlecht steht es noch wie vor mit der tschechoslowakischen Landwirtschaft.

Polen: Das Ergebnis dürfte besser sein als der Durchschnitt der vergangenen drei Jahre, in denen es eine Rekordernte, eine gute und eine schlechte Ernte gegeben hatte. Der Plan hatte allerdings weitaus höhere Erträge vorgesehen.

Polen, das nach der UdSSR der grösste Getreideproduzent des Ostblocks ist, hatte einen ungewöhnlich trockenen Juli. Diese Trockenperiode vernichtete alle Hoffnungen auf eine Erhöhung der Getreideernte. Obwohl die Trockenperiode gegen Ende des Monats zu Ende ging, kam der Regen zu spät, denn ein Teil des Getreides war bereits abgeerntet, ein anderer Teil schon reif. In Polen werden in der Hauptsache Roggen, Hafer, Weizen und Gerste angebaut. Mais spielt fast keine Rolle.

Zum Trost mag dienen, dass der Regen gerade noch rechtzeitig für die Kartoffelstauden kam. Eine gute Kartoffelernte ist nämlich für die polnische Wirtschaft fast ebenso wichtig wie das Getreide.

Rumänien: Die Weizenernte war gut, fällt aber nicht sehr ins Gewicht, da nur wenig angebaut wird. Die Hauptgetreideart ist der Mais. Heuer sollte die Anbaufläche um 23 Prozent vergrössert werden, es erscheint aber zweifelhaft, ob die Vergrösserung von 20 Prozent, die im vergangenen Jahr nicht erreicht wurde, wenigstens jetzt nachgeholt werden konnte.

Bulgarien: Auch hier besteht die Haupternte aus Mais. Da er aber erst spät reift, ist es noch zu früh, um jetzt schon etwas über das Ernteergebnis zu sagen. Wie in Rumänien, war auch in Bulgarien die Weizenernte gut.

Ungarn: Die Ernteaussichten sind nicht schlecht. Aber eine gute Maisernte — der Mais ist auch hier die Hauptgetreideart — könnte das Gesamtergebnis entsprechend beeinflussen. Seit dem Jahre 1959 ist der Getreideertrag ständig zurückgegangen. Auch dieses Jahr konnte die gesamte, für den Getreideanbau vorgesehene Fläche nicht ausgenützt werden, da der strenge Winter Schäden am Winterweizen und am Winterhafer verursacht hatte. Aus den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen ist ersichtlich, dass die Erträge pro Hektar etwa 25 Prozent unter dem Planziel liegen.

CSSR: Die Ernteaussichten für den Norden des Landes sind gut, für die südlichen Landesteile dagegen schlecht. Die Anbauflächen scheinen nicht wesentlich vergrössert worden zu sein, und die schlechten Ernteergebnisse der vergangenen zwei Jahre haben zu einer verzweifelten Lage auf dem Gebiete der Viehzucht geführt. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, dass sich die Lage im Jahre 1963 radikal ändern wird, und es werden wiederum umfangreiche Importe notwendig sein, um den Tierbestand wenigstens nominell zu sichern.

Militär

SBZ

Doppelter Druckpunkt

Bei einem sowjetzonalen Schützenfest wären die Kranzbedingungen anders. Das zeigt der Fall der Schützenschnur, die man in der Volksarmee nur erhält, wenn man auch in der politischen Schulung genug Punkte hat. Das Zusammenzählen dürfte nicht einmal so schwierig sein, denn die politische Meinung ist schliesslich genau so vorgezeichnet wie die Kreise im Schützenstand.

«Was hat die Schützenschnur mit ‚Politik' zu tun?» Mit dieser Frage hatte sich ein Gefreiter, dem trotz Erfüllung der Bedingungen die Schützenschnur verweigert worden war, weil er «schwach in Politschulung» ist, an die «Armeerundschau» gewandt.

In der Antwort, die der Presseoffizier des «Ministeriums für Nationale Verteidigung», Oberst Herbert Richter, gegeben hat, heisst es wörtlich: «Sie schiessen doch nicht aus Spass, Sie schiessen doch als Vorbereitung zum Kampf. Wenn Ihr Leben, Ihre Familie, Ihre Heimat und Ihre Zukunft bedroht sind, dann sollen Sie doch mit ganzer Leidenschaft und klarem Verstand kämpfen und wissen, was Sie gegen wen zu verteidigen haben. Natürlich müssen Sie da auch gelernt haben, den Gegner mit dem ersten Schuss zu treffen und begriffen haben, warum . . .! Natürlich kann man das alles nicht ohne politisches Wissen und ohne gute Schiesskenntnisse. In politischen Fragen schwach heisst deshalb im übertragenen Sinne auch: Im Schiessen noch nicht vollkommen!»

Erziehung

Ungarn

Stipendienwesen

Eine neue Stipendienordnung in Ungarn erinnert daran, dass die landläufige Auffassung vom Gratisstudium in kommunistischen Staaten noch keineswegs zutrifft. In den Volksdemokratien muss noch weitgehend die Familie für die Studien aufkommen; die Unterstützungen sind dabei sogar bei absolut nicht reichen Verhältnissen alles andere als gross.

Das beweist auch die neue ungarische Verordnung für staatliche Unterstützung für Hochschulstudenten. Grundsätzlich besteht die soziale Hilfe in der Vermittlung von Unterkunft in Studentenheimen, Preisbegünstigungen in der Mensa (Studentenessraum) und Barmitteln. Die Stipendiaten werden in drei Kategorien unterteilt: zur ersten Kategorie gehören Studenten, bei denen das monatliche Pro-Kopf-Einkommen weniger als 800 Forint beträgt, die zweite Kategorie umfasst die Einkommensstufe von 800 bis 1100 Forint, und die dritte Kategorie die höheren Einkommen.

Wenn man bedenkt, dass der Arbeiterdurchschnittslohn mit 1200 bis 1500 Forint angegeben wird, und dass ein Herrenanzug oder ein Wintermantel 1500 Forint kosten, sieht man, dass auch keineswegs reiche Familien schon erhöhte Beiträge leisten müssen. Auch bedeutet selbst die Zugehörigkeit zur ersten Kategorie noch nicht Gratisstudium. Die meistbegünstigsten Studenten erhalten monatlich lediglich 300 Forint, können allerdings in einem Studentenheim wohnen, wo sie für Unterkunft und Verpflegung nur 200 Forint bezahlen müssen.

Studiengelder müssen nach der neuen Verordnung von Studenten mit Höchstnoten nicht mehr bezahlt werden. Bei Durchschnittsleistung sind 150 bis 350 Forint pro Semester zu entrichten, wobei hierfür die Kategorieneinteilung günstiger ist (weniger als 1100 Pro-Kopf-Einkommen der Familie, zwischen 1100 und 1800 und über 1800). Bei Krankheit wird bis zu zehn Monaten ein Teil des Stipendiums ausbezahlt.

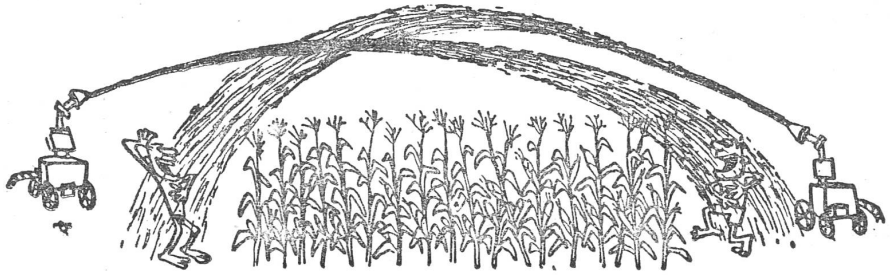
Freilich ist das nicht das ganze Bild des ungarischen Stipendienwesens. Der Staat und die Betriebe gewähren guten Studenten Stipendien, die sämtliche Auslagen decken. Die Bemühungen aller kommunistischen Staaten zielen auch zweifellos darauf ab, jedermann die Ausbildung zu ermöglichen, die seiner Befähigung (und seiner Brauchbarkeit innerhalb der staatlichen Berufsplanung) entspricht. Dies erfolgt in richtiger Einschätzung des Machtpotentials, das die Bildung darstellt, kommt aber natürlich dem einzelnen zugute. Das ungarische Beispiel zeigt aber, dass diese Errungenschaft des kommunistischen Systems, das Gratisstudium, noch bei weitem nicht realisiert ist.

Partei

Das düstere Vorleben

Ein 31jähriger Mann ist in Ungarn trotz allen Bemühungen nicht in die KP aufgenommen worden, obwohl sein Eifer beim «Aufbau des Sozialismus» unbestritten war. Den Grund hat er jetzt erfahren. Es handelt sich um sein Vorleben. Er war nämlich in Deutschland. Dorthin war er gegen Kriegsende verschleppt worden, als Ende 1944/Anfang 1945 etwa 160 000 Jugendliche aus Ungarn «evakuiert» wurden. Damals war also Joska zwölf oder höchstens dreizehn Jahre alt. Und freiwillig ging er auch nicht. Vielmehr kehrte er nach Kriegsende zurück und war seither in Ungarn.

Die Zeitung «Fejer Megyei Hirlap», die den Fall berichtet, warnt davor, ehemalige verschleppte Jugendliche als Kriegsverbrecher zu behandeln, wenn sie gute Kommunisten sein könnten. Solche gibt es nämlich in Ungarn ohnehin nicht zuviel. Und manche davon — vor allem AVO-Leute — haben als ehemalige Gestapo-Mitarbeiter eine noch viel belastetere Vergangenheit. (Wobei allerdings etliche dieser Funktionäre, die sich erst Hitlers und dann Rakosis politischer Polizei zur Verfügung stellten, unterdessen in aller Stille ausgebootet wurden und heute dem Vernehmen nach Mühe haben, als Hilfsarbeiter eine Stellung zu finden.)



Praktische Leute. Diese Karikatur der bulgarischen satirischen Zeitschrift «Starschel» bezieht sich auf ein Hauptproblem der bulgarischen Landwirtschaft, die Bewässerung.

CSSR

Slansky bleibt «schuldig»

In der CSSR hat die Rehabilitierung von Rudolf Slansky (KP-Generalsekretär, 1952 hingerichtet) keineswegs zu einem allgemeinen Tauwetter geführt. Zwar werden Slansky und seine Komplicen als Opfer des Personenkults bedauert, aber mit dem ausdrücklichen Hinweis, sie selbst hätten am Aufkommen des Personenkults grösste Schuld.

Der jetzige Parteichef Antonin Novotny hat gute Gründe, mit der Wiedergutmachung nicht allzu weit zu gehen.

Die grösste Schwierigkeit für Novotny besteht im Fall Slansky darin, wie er jene Lobpreisung in Vergessenheit geraten lassen kann, die ihm der damalige Staatssicherheitsminister Karol Bacilek bei einer Landeskonferenz der Partei kurz nach der Hinrichtung Slanskys und zehn Mitangeklagter im Dezember 1952 zollte.

Bacilek (der kürzlich selbst Opfer einer «Säuberung» wegen seiner Schuld am «Personenkult» wurde) hatte damals erklärt, sieben Funktionäre hätten sich ganz besondere Verdienste bei der Entlarvung Slanskys und seiner Komplizen erworben: Klement Gottwald, Antonin Zapotocky, Vaclav Kopecky, Alexej Cepicka, Wiliam Sirocky, Jaromir Dolansky und — «vor allem» — Antonin Novotny.

Die ersten drei sind tot, und Cepicka fiel bereits 1956 einer «Säuberung» zum Opfer. Aber Siroky als Regierungschef, Dolansky als stellvertretender Ministerpräsident und Novotny als Staatspräsident und Erster Parteisekretär sind noch immer in Amt und Würden.

KP-Gewerkschaftsbewegung

Entwicklungsländer

Zweiteilung möglich

Der kommunistisch gelenkte Weltgewerkschaftsbund (WGB) wird von der chinesischen Konkurrenz bedroht. In mehreren Sitzungen hat sich das Ständige WGB-Büro in Prag mit der Gefahr einer Abspaltung der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern vom WGB befasst. Mit besonderer Unruhe wird die unter rotchinesischem Patronat nach Indonesien einberufene «Afro-asiatische Gewerkschaftskonferenz» erwartet. Denn die meisten dem WGB angeschlossenen Gewerkschaftsgruppen in Afrika, Asien und Lateinamerika stellen nach den bisherigen Erfahrungen mehr hinter Peking als hinter Moskau, das bis anhin die Direktiven für den Weltgewerkschaftsbund diktieren konnte. Eine Spaltung der internationalen Tarnorganisation würde den Kreml eines wichtigen Werkzeuges bei der Progagierung des Chruschtschewismus berauben.

Um Skoplje

Jugoslawien

Die amerikanische Hilfe

ist in Jugoslawien mit spontaner Dankbarkeit registriert worden, und zwar nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von den offiziellen Stimmen.

Das Belgrader Regierungsorgan «Borba» berichtete in seiner Ausgabe vom 12. August auf drei Spalten der ersten Seite unter grossen Schlagzeiten von einem 50-Millionen-Dollar-Angebot Washingtons für die erdbebenzerstörte Stadt. (Davon sind 25 Millionen ein Geschenk aus dem Erlös der amerikanischen Getreidelieferungen, während es sich bei den weiteren 25 Millionen um einen langfristigen Kredit handelt.) Tito empfing den amerikanischen Landwirtschaftsminister Freeman, um ihm seinen Dank abzustatten.

Das Eintreffen der ersten amerikanischen Hilfskorps in Belgrad war von der Bevölkerung schon mit Ovationen begrüsst worden. Amerikanische Soldaten waren auf der Strasse von den Einwohnern umarmt worden. Die jugoslawische Presse berichtete in der Folge ausführlich über die Hilfsaktionen der verschiedenen Länder, auch der Schweiz.

Die Sowjetunion hat sich jetzt ebenfalls stark an der Hilfe für Jugoslawien beteiligt. Sie hat

Председник Тито примио министра пољопривреде САД Фримена

Влада САД одлучила да да поклон од 25 милиона долара и кредит од 25 милиона долара — у динарским средствима — за обнову Скопља

Ueber drei Spalten auf dem Titelblatt berichtete die Belgrader «Borba» von der amerikanischen Hilfe an Skoplje.

Amerikanische und sowjetische Soldaten, die bei den Räumungsarbeiten in Skoplje eingesetzt sind, wohnen gemeinsam einer Gedächtnisfeier bei.

250 Zelte und eine Militäreinheit für Aufräumungsarbeiten zur Verfügung gestellt und Zement für den Wiederaufbau angeboten. Dazu erhält Jugoslawien als Geschenk eine Fabrik für Wohnbaubestandteile.

Konflikt

UdSSR/China

«Gegen die Fälschung»

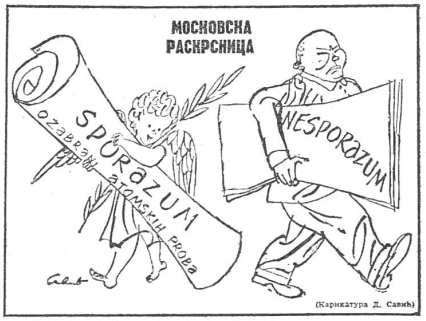
Die chinesischen Angriffe auf das Moskauer Atomtestabkommen haben in der Sowjetunion zu scharfen Reaktionen geführt. Unter dem oben angeführten Titel stellt ein Redaktionsartikel der «Prawda» vom 15. August die ganze chinesische Haltung zum Friedensproblem als eine Lüge dar, die im Widerspruch zu den eigenen Thesen Pekings bis 1958 stünden. Die Belege werden dem «Informationsbulletin» des (kommunistischen) Weltfriedensrates entnommen, um anhand zahlreicher chinesischer Verlautbarungen den Nachweis zu führen, dass Mao seine eigenen Prinzipien, zu denen er sich offiziell bekannt habe, verfälsche. Da auch Peking der Sowjetunion Wortbrüche und nicht eingehaltene Versprechen vorrechnet, haben beide Grossmächte die nicht allzu schwierige polemische Hauptaufgabe, der anderen Seite Lügen zu beweisen.

(Die «Iswestija» vom 14. August hatte sich mit der chinesischen Berichterstattung über das sowjetische Leben im allgemeinen auseinandergesetzt und war zum Schluss gekommen, dass die traditionellen «imperialistischen» Verdrehungen noch übertroffen würden. Auf die ausserordentlich interessanten Vorwürfe, die zum Teil geradezu die Korrektheit unserer Art von Berichterstattung anerkennen, werden wir noch zurückkommen.)

Das Stichwort China bringt (stärker als das ebenfalls nicht beteiligte Frankreich) einen neuen Unsicherheitsfaktor für die Zukunft des Abkommens. Der Gegensatz zwischen den gescheiterten sino-sowjetischen Gesprächen in Moskau zu der getroffenen west-östlichen Vereinbarung in der gleichen Stadt ist symptomatisch. Er ist Zeichen dafür, dass die UdSSR an der «Westfront» unbedingt Entspannung haben muss, solange die Frontlinie gegenüber Mao besteht. Diese Konstellation erweist sich somit als entscheidend für die internationale Lage überhaupt. Wie lange wird sie anhalten? Darüber können sowohl bei den Beteiligten als auch bei den Aussenstehenden höchstens Mutmassungen erhoben werden. Aber für die nächste Zukunft scheint es sich aufzudrängen, dass der Bruch Moskau-Peking noch deutlicher werden wird. Da alle hängigen Fragen zwischen diesen kommunistischen Grossmächten in der Schwebe geblieben sind, muss jede von ihnen ihre Machtposition bis zur nächsten Konfrontation noch weiter auszubauen versuchen. Und damit wird eine Versöhnung immer schwieriger. In dieser Frage wenigstens arbeitet die Zeit beim gegenwärtigen status quo nicht für den Kommunismus. Es ist nicht glaubhaft, dass etwas anderes als ein umwälzendes Ereignis (zum Beispiel Führungswechsel durch Ableben oder Rücktritt von Chruschtschew) diese Situation grundlegend ändern könnte.

In Kürze

«Wie lange will der Bundesrat noch warten?» Mit dieser Frage schliesst im letzten «Vorwärts» ein Beitrag über den Beitritt der verschiedenen Staaten zum Atomtestabkommen. Wer weiss, vielleicht will unser Bundesrat nur bis zur Unterschrift Kubas warten, um einen so friedensliebenden und fortschrittlichen Staat nicht zu beschämen. Denn wenn das PdA-Organ schreibt: «Die meisten lateinamerikanischen Staaten ... sind dem Abkommen beigetreten», so unterschlägt es mit dieser allgemeinen Formulierung die Tatsache, dass ausgerechnet der kommunistische Staat des Kontinents nicht dazu gehört. Trotz dem so herzlichen letzten Besuch Castros in Moskau und dem damit verbundenen Propagandarummel in allen westlichen KP's. Um die peinliche Lücke zu verdecken, führte der «Vorwärts» nur die europäischen Staaten namentlich auf, die den Vertrag unterzeichnet haben — und vergass dabei Rumänien (das am 8. August unterzeichnet hat)!



Moskauer Kreuzung: Atomtest-Uebereinkommen (mit dem Westen) und ideologisches Auseinandergehen (mit China). Eine Zeichnung der Belgrader «Borba».

Erfolg der Kritik

Kritik gilt wie die Selbstkritik in den kommunistischen Staaten als eine Grundlage der Gemeinschaft. Sie soll sich nicht gegen das System wenden und die Ideologie nicht angreifen, aber sie soll sich laut und mutig über bestehende Missstände äussern und damit zu ihrer Ueberwindung beitragen. Das wird vom Regime durchaus gewünscht und gefördert, solange sich die Beanstandungen im vorgeschriebenen Rahmen halten und sich nicht plötzlich gegen kommunistische Errungenschaften im Prinzip richten. Der einzelne Arbeiter wird immer wieder aufgefordert, im Betrieb etwa nicht mit seiner Meinung zurückzuhalten, vielmehr die Fehler von Vorarbeitern, Funktionären und selbst Direktoren offen darzulegen. Und so geht denn mancher hin und kritisiert, im Bewusstsein, etwas Wichtiges zum Aufbau der Gesellschaft zu leisten. Seine Aeusserungen werden mit Interesse entgegengenommen, man verspricht, die Dinge zu überprüfen und lobt ihn um seiner Sorge für das gemeinsame Werk. Aber das dicke Ende folgt der mutigen Tat oft genug doch. Nach Wochen oder Monaten wird der Kritiker entlassen, selbstverständlich nie seiner Kritik wegen, sondern weil die Betriebsdirektion aus irgendeinem Grunde zum Schluss gekommen ist, dass seine Fähigkeiten nicht für diesen Arbeitsplatz taugen.

Auf diesen Usus spielt die polnische satirische Zeitschrift «Szpilki» mit ihrem netten Gefängniswitz an. Und die ostdeutsche Karikatur zeigt, wie beliebt Kritik auch in sowjetzonalen Betrieben ist.

Weisst du was? Ich werde den Gefängnisdirektor kritisieren. Vielleicht entlässt er mich dann. («Szpilki», Warschau.)

Der Schnappschuss

Der aus dem sowjetischen Sprachgebrauch übernommene Begriff «Rayon» ist in der SBZ anscheinend so unpopulär, dass er wieder durch das Wort «Gebiet» ersetzt wird, vorderhand wenigstens in den Bezirken Halle und Gera.

*

Auch in der SBZ gibt es die sogenannten «tönenden Postkarten». Am meisten verkauft wird, wie Umfragen ergeben haben, die Farbpostkarte vom neuen Opernhaus Leipzig. Aber vielleicht weniger wegen des Bildes als wegen der Musik: des Gefangenenchors aus der Oper «Nabucco».

*

Während der chinesischen Landwirtschaft in den drei vergangenen Jahren die Arbeitskräfte fehlten, um die von Naturkatastrophen bedrohten Ernten einzubringen, klagen viele Volkskommunen in diesem Jahr über einen Ueberfluss an Arbeitskräften — und über unnötige Esser. Das ist der Erfolg einer Kampagne der Pekinger Regierung, die Hunderttausende von Städtern zwangsweise auf das Land schickte. Dafür fehlen in diesem Jahr die Arbeitskräfte an anderen Stellen, wie die parteiamtliche Pekinger «Volkszeitung» (Jenminjipao) zugeben musste.

*

Eine Kommunistische Partei Kurdistan soll demnächst ins Leben gerufen werden. Dieser Schritt sei bei einer Nahost-Konferenz der KP-Führer erwogen worden, die laut Berichten aus Libanon letzten Monat in Prag stattgefunden hat. Es wurde dabei unter anderm empfohlen, die bisherige Taktik aufzugeben, wonach die gemeinsamen soziologischen Interessen der irakischen Kurden und der Araber in den Vordergrund gerückt waren. Jetzt wollen sich die Kommunisten für die Loslösung Kurdistans aus dem irakischen Staat einsetzen. Die Gründung einer KP Kurdistan hätte den Kurswechsel sichtbar zu machen.

Unser Memo

Mit der im 15. Jahrhundert vollendeten Chinesischen Mauer (rund 2450 km lang) kann Ulbrichts Berliner Mauer (rund 15 km lang) der Länge nach nicht konkurrieren. In technischer Beziehung ist die Berliner Mauer aber perfekter: die Länge des verwendeten (englischen) Stacheldrahtes wird auf etwa 10 000 km, die Fläche der Schneisen, Todes- und Schutzstreifen auf etwa 1 000 000 m² geschätzt

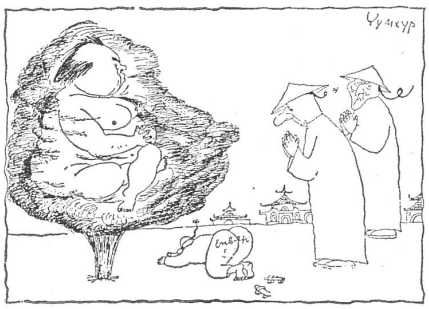
Wie viele Soldaten die Chinesen auf ihrer Mauer postiert hatten, ist uns nicht überliefert, doch wissen wir, dass ihre Mauer viele Jahrhunderte lang den Einbruch äusserer Feinde abhielt. Im Gegensatz dazu stellt Ulbricht auf seinen Grenzwall 11 000 Soldaten auf, damit seine Untertanen nicht ausbrechen.

Die Baukosten der Chinesischen Mauer kennen wir nicht, die Baukosten von Ulbrichts Mauer werden auf 22 Millionen DM West geschätzt. (Amerikanische Behörden in Deutschland schätzen die Gesamtkosten der Abriegelung West-Berlins von Ost-Berlin auf 100 Millionen DM West.)

Und doch ist diese Mauer nicht perfekt: seit dem 13. August 1961 sind laut Angaben des westdeutschen Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen bis letzten Oktober 13 000 Personen über die Mauer und die Zonengrenze gekommen. Die bis August 1963 gültige Zahl wird vertraulich behandelt. Die Schätzung lautet: über 16 000 (darunter 1300 Vopos).

Damit ist die traurige Bilanz noch nicht erschöpft: 65 Deutsche mussten ihren Versuch, aus einem Teil Berlins in den anderen zu gelangen, mit dem Leben bezahlen (vor einem Jahr — am 17. August 1962 — verblutete Peter Fechter hilflos an der Mauer).

Im kommunistischen Machtbereicht ist die Berliner Mauer durchaus kein Novum. Alle kommunistischen Staaten — mit der Sowjetunion an der Spitze — sperren ihre Grenzen durch Stacheldraht gegen die westliche Welt und sogar untereinander ab.



«Maomandarinkult». Die Zeichnung der Belgrader «Politika» erschien kurz vor dem Beitritt Bonns zum Atomtestabkommen. Deshalb wird Adenauer — wenn auch mit unentschlossenem Seitenblick — mit de Gaulle und dem knieenden albanischen Führer Hodscha als Verehrer des chinesischen Kriegspopanzes dargestellt.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.